
Göppingen ist landesweit kein Einzelfall

Göppingen ist kein Einzelfall. Fachanwälte lassen durchblicken, es gebe in vier oder fünf Landkreisen "noch schlimmere Abzocker als Göppingen". Der Hintergrund ist Insider bekannt: Die EU-Kommission setzt auf effektivere Kontrollen und will nicht zu jedem Schlachtkörper gleich einen teuren Akademiker mit Staatsprüfung und Promotion schicken. Sie will gegen Deutschland klagen, weil die Fleischhygienegebühren in einigen Bundesländern viel zu hoch und nicht transparent sind. Dessen ungeachtet trifft der Bundesverband der praktizierenden Tierärzte (BpT) Streikvorbereitungen, um höhere Fleischuntersuchungsgebühren durchzusetzen.

Nach dem Motto "Jetzt reicht es uns", haben Unternehmer in Loburg in Sachsen-Anhalt und in Göppingen dagegen ein Signal gesetzt. Bundesweit beginnt sich der Widerstand gegen die "Gebührendiktate der Landvögte", wie es während einer juristischen Fachtagung hieß, zu vernetzen. Mittelständische Schlachthöfe, Fleischverarbeiter, Mastbetriebe mit eigener Schlachtung und neuerdings auch die tierhaltenden Landwirte schließen sich zusammen. Der Widerstand kennt keine Parteien und keine Landesgrenzen mehr. Der Abgeordnete Albert Winkler will sich im Fall Göppingen noch in dieser Woche mit seinen Parteifreunden der SPD-Fraktion in Magdeburg kurzschließen, um gemeinsames Fachwissen zu koordinieren.

Erscheinungsdatum: Dienstag 11.09.2007

Quelle: <http://www.suedwest-aktiv.de/>

SÜDWEST AKTIV - Copyright 2002-2007 Südwest Presse Online-Dienste GmbH
Alle Rechte vorbehalten!

[← zurück zum Artikel](#)

[← zurück zur Ressort-Übersicht](#)